

"Tempolimits sind gut, sollten aber umsetzbar sein"

Kirchenmitarbeiter sollen zum Klimaschutz künftig höchstens Tempo 100 fahren. Ob das sinnvoll ist, sagt Generalsuperintendentin Theresa Rinecker aus Görlitz.



Theresa Rinecker ist als Generalsuperintendentin des Sprengels Görlitz sehr viel unterwegs. Und oft an Orten, wohin sie Zug oder Bus nicht bringen.

Von Ines Eifler

6 Min. Lesedauer

Im November beschloss die Evangelische Kirche Deutschland (EKD) auf ihrer Synode, sich Themen zur "Bewahrung der Schöpfung" stärker zu widmen. Dazu zählt die Empfehlung an Kirchenmitarbeiter, bei Dienstfahrten auf Autobahnen Tempo 100, auf Landstraßen 80 zu fahren. Das führt zu kontroversen Diskussionen - nicht nur unter den Gläubigen.

Frau Rinecker, die Empfehlung der EKD an Kirchenmitarbeiter, langsam zu fahren, spaltet die Gläubigen – manche finden es richtig, andere kritisieren die Kirche als zu politisch, wieder andere treten aus. Was halten Sie selbst von dem Vorschlag?

Ich bin ein großer Fan davon, dass Menschen die Themen der Bewahrung der Schöpfung ernst nehmen. Wir sollten einerseits auf freiwilliges Engagement setzen, müssen an anderer Stelle aber auch darüber nachdenken, was gesellschaftlich zu steuern ist. Die Bewahrung der Schöpfung ist ein Urthema der Kirche, sie beschäftigt auch die Ökumene seit den 1980er Jahren. Insofern finde ich es richtig, dass die Kirche über Tempolimits und Anreize für die Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs mit nachdenkt. Aber sie sollten auch umsetzbar sein.

Was wäre umsetzbar?

Zum einen glaube ich, dass wir das Ganze größer angehen müssen. Wer häufig zwischen Dresden und Görlitz unterwegs ist, weiß, was ich meine, wenn ich sage: Der Lastverkehr muss dringend auf die Schiene. Und zur Geschwindigkeit – warum nicht ein plausibles Tempolimit? Dafür gibt es gute Beispiele in europäischen Nachbarländern.

Wie kommt eine solche Entscheidung der EKD zustande?

Die evangelische Kirche ist demokratisch aufgestellt. Jeder Kirchenkreis, jede Landeskirche und auch die EKD hat eine Synode mit Ehren- und Hauptamtlichen. Den Vorsitz übernimmt in der Regel jemand, der nicht bei der Kirche arbeitet. Kirche lebt ja vom Engagement der Ehrenamtlichen. In der Landessynode der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische-Oberlausitz (EKBO) bin ich selbst Mitglied, dort besprechen wir die geistlichen Themen, beschließen aber auch Gesetze, die für uns dann verbindlich sind. Die EKD-Synode, in der ich kein Mitglied bin, gab diese Empfehlung zum Tempolimit.

Sie sind selber viel dienstlich unterwegs. Was würde Tempo 80 auf der Landstraße für Sie bedeuten?

Ich fahre sowieso nicht schnell. Für die 86 Kilometer nach Cottbus brauche ich wochentags eine und eine Dreiviertelstunde. Am liebsten würde ich die öffentlichen Verkehrsmittel mehr nutzen, aber mein Sprengel reicht von Görlitz bis ins Oderbruch und oft habe ich mehrere Termine hintereinander: etwa einen in Cottbus, einen im Fläming und einen abends in Frankfurt. Dafür sind unsere Zug- und Busverbindungen nicht ausgelegt, deshalb nutze ich den Dienstwagen.

Wie viele Kilometer kommen da zusammen im Jahr?

In vorpandemischen Zeiten waren es 45.000 Autokilometer im Jahr. Weil sich seit Corona viele Termine digital wahrnehmen lassen, konnte ich sie auf 30.000 senken. Aber digital geht nicht immer und wir leben von Präsenz. In Gremien, bei Gottesdiensten, festlichen Anlässen, Gesprächen mit Gemeindegemeindeführern, Pfarrpersonen oder Trauernden muss man persönlich da sein. Privat bevorzuge ich als Görlitzerin Straßenbahn und Fahrrad.

Nun entspricht der Vorschlag Tempo 100 auf Autobahnen den Forderungen der Klimaaktivisten, die sich auf Straßen kleben. Wie glaubwürdig kann Kirche sein, wenn sie manchen Menschen zu links oder zu grün wird?

Da wir uns als Kirche in der Gesellschaft verstehen, ist der Vorwurf, dass wir uns zu politisch äußern, nicht berechtigt. Die Frage ist dennoch, in welchem Maße wir das tun und wie wir auch mit unseren geistlichen Themen durchdringen. Die Methoden der Klimaaktivisten lehne ich ab, aber die Dringlichkeit, mit der junge Menschen auf ihre Zukunftssorgen hinweisen, möchte ich gelten lassen. Ich würde mir sehr wünschen, dass ihre Anliegen so vorgebracht werden, dass sie für eine große Mehrheit hörbar sind und nicht schon vorher durch die Radikalität der Eingriffe abgelehnt werden. Es ist schade um die Anliegen. Es heißt aber auch, dass wir uns diesen Sorgen stellen müssen. Und manche Besorgnis teilen wir ja.

Die EKBO ist da schon recht weit vorangegangen. Mit dem Land Brandenburg gibt es jetzt ein Abkommen, das es erlaubt, denkmalgeschützte Kirchendächer mit Photovoltaikanlagen auszustatten.

Die Landessynode der EKBO hat 2020 ein eigenes Klimaschutzgesetz beschlossen, das CO₂-Emissionen von Gebäuden innerkirchlich bepreist. Die Gemeinden zahlen dafür Geld in einen Fond des Kirchenkreises ein, aus dem dann klimagerechte Sanierungen finanziert werden. So wird das Bewusstsein für das Thema und unsere Verantwortung geschärft. Die Vereinbarung zu Photovoltaikanlagen ist ein großer Schritt. Sie müssen allerdings rückbaubar sein und dürfen die Ansichten historisch bedeutender Kirchen nicht zu sehr stören. Die Gemeinden vor Ort beschäftigen sich sehr mit den Fragen, wie sie zur Klimaneutralität beitragen können.

Botschaften wie die zum Tempolimit freuen aber nicht alle Kirchenmitglieder.

So eine Empfehlung wird natürlich hochkontrovers diskutiert, und das darf sie auch. Unterstützt wird sie vor allem von Menschen, die in Großstädten leben und arbeiten. Doch je ländlicher die Gemeinde ist und je weniger sie an den öffentlichen Nahverkehr angebunden ist, desto

schwieriger ist diese Empfehlung und desto problematischer wird sie diskutiert. Der reine politische Appell nützt uns nichts, wenn die Infrastruktur die Umsetzung nicht ermöglicht.

Sind solche Empfehlungen dann klug in Zeiten, in denen sich viele von der Kirche abwenden?

Ich bedauere jeden einzelnen Kirchenaustritt. Denn das sind ja Menschen, die sich von der Kirche abwenden. Wir machen uns viele Gedanken um die Mitgliedschaft und überlegen sehr, welche Projekte wir stärken. Nächstes Jahr ist das Jahr der Taufe, das wird geistlich im Mittelpunkt stehen. Was es bedeutet, mit Gott zu leben und an Versöhnung und Vergebung zu glauben. Ich glaube, es hilft uns nichts, die gesellschaftliche Stimmung immer noch stärker anzuheizen.

Wie aber kann es gelingen, Austritte zu verhindern?

Kirche lebt von der Gemeinschaft derer, die im christlichen Glauben gemeinschaftlich verbunden sind. Sie lädt zur Nächstenliebe und zum Vertrauen ein. Sie hat auch die Aufgabe, die verschiedenen Positionen im Gespräch zu halten. Da ist sie in einem Spagat. Unser Hauptauftrag ist es, der Welt etwas von christlicher Hoffnung und Gott zu erzählen. Zugleich haben wir unter unseren Mitgliedern die ganze Palette des gesellschaftlichen Diskurses. Es gibt die jungen Leute, die sagen: "Wenn ihr euch nicht bewegt, wenn Predigt und Tun nicht übereinstimmen, seid ihr für uns nicht mehr attraktiv." Wir haben Menschen, die versuchen, die Selbstverantwortung zu stärken. Und wir haben Mitglieder, die Argumentationslinien und Dringlichkeit nicht verstehen und nicht teilen. Ich wünsche mir, dass wir uns in der Kirche als großes Solidaritätsnetz verstehen im Hinblick auf unsere diakonische Arbeit und unseren geistlichen Grund.